

Podiumsdiskussion: Mission possible: Neue Wege politischer Erwachsenenbildung

Von Dr. Lars Meyer, DIE.Werkstatt

Teilnehmende, neben den Teilnehmenden an der Regionalkonferenz und an den Arbeitsgruppen:

- **Professor Dr. Hans-Ulrich Baumgarten** MKW NRW
- **Dr.in Helle Becker** - Transfer für Bildung e.V. / Fachstelle politische Bildung –Transversalen
- **Natali Rezwanian-Amiri** – Gesellschaft der Europäischen Akademien e.V.
- **Juri Sargelis** – Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V. – gute Orte zu schaffen und Demokratie vor Ort beibringen und für Demokratie zu gewinnen, Nachhaltigkeit in den Strukturen
- **Iris Witt** – Heinrich-Böll-Stiftung NRW und Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung e.V.

Zusammenstellung der Ergebnisse und Pointierung der Handlungsempfehlungen: Dr. Lars Meyer (DIE.WERKSTATT)

Gestartet wurde mit der Forderung nach Nachhaltigkeit in den Strukturen, als Notwendigkeit für neue Träger der politischen Bildung. Hierbei wurde das Spannungsverhältnis von Strukturförderung vs. Projektförderung thematisiert. Die Schwierigkeit dabei heute: Thema sind vielfältige Schnittstellen als Perspektiven und zu bearbeitende Themen in der Arbeit – weniger klassische Formate – und das gilt für ALLE Träger: innen. Um diese Schnittstellen zu bedienen fehlt strukturelle und personale Kontinuität, um nachhaltige, gute Qualität zu liefern. Die Frage nach Kontinuität auf einer strukturellen Ebene, um darauf aufbauend qualitative Entwicklungen zu ermöglichen, wurde aufgeworfen.

Betont wurden der thematische Mehrwert durch eine vielfältigere Trägerlandschaft, neue Perspektiven für einen Mehrwert im Diskurs, der unter strukturellen transformatorischen Aspekten als "exklusiv" zu werten ist. Die Frage nach dem Mehrwert kann nicht bedeuten, dass dieser allein von denjenigen bestimmt wird, die heutige "politische Bildung" machen, sondern dass eine Öffnung erforderlich ist. Aber ab wann sprechen wir von politischer Bildung und nicht von Selbstvergewisserungsdiskursen? Wann soll ein Träger als "förderwürdig" gelten oder ist die Perspektive im Diskurs nicht schon als Bereicherung zu sehen? Der Anspruch, Gesellschaft gemeinsam zu gestalten, braucht Orte für Erweiterungen des Diskurses, aber auch realen Einfluss auf gesellschaftliche Entwicklungen. Dies ist mehr als Empowerment, es ist Verantwortungsübernahme, dabei Ohnmacht überwinden und Selbstwirksamkeit in Gestaltungsräumen erfahren. Vielfalt und Mehrwerden auf der Akteursseite sind dabei wünschenswert.

Die strukturelle Erweiterung braucht auch finanzielle Erweiterung. Wer ist drin, wer ist draußen? Marginalisierte Gruppen und Träger haben keinen strukturellen Zugang bzw. erfahren keine Anerkennung. Diversität der Gesellschaft soll sich auch in der politischen Bildung abbilden. Ähnliche Perspektiven, Betroffenheiten und Ansätze sind in der politischen Bildung gefordert und bringen so viele neue Impulse und Themen mit. Für mehr Teilnehmende beispielsweise brauchen wir in der Struktur auch mehr finanzielle Ressourcen.

Die Verwaltung ist Verteiler dieser Gelder aus dem politischen Willen (parlamentarischer Diskurs) heraus. NRW hat ein neues Weiterbildungsgesetz. Die Verabschiedung hat die Besonderheit, dass eine fraktionsübergreifende Einstimmigkeit zugrunde lag. Ein vierjähriger Aushandlungsprozess mit "allen Betroffenen" hat stattgefunden. Entwicklungspauschalen und Innovationsfonds sind als Instrumente eingeführt worden. Durch Dynamisierung steigt das Volumen und Nachhaltigkeit soll das

Fortbestehen absichern. Die rechtliche Absicherung der Mittel im Gesetz wurde eingeführt, indem politische Bildung als Pflichtaufgabe formuliert wurde.

Ziel muss es sein, politische Bildung jenseits vom Wunsch nach Wahlbeteiligung und Vertrauen in Politik, wie sie in der parlamentarischen Diskussion häufig gesehen wird, zu verstehen und nutzen zu wollen. Das Problem besteht jedoch darin, für die parlamentarische Debatte politische Bildung als bodenständige Aufgabe (im Sinne von Demokratie lernen) und nicht als "Feuerwehr" begreifbar zu machen.

Die Steuerung durch Politik durch Projektförderung ist sicherlich sinnvoll, das Problem liegt aber in der ambivalenten Formulierung der Strukturförderung. Die Absicherung muss grundsätzlich stattfinden. Die Träger beschreiben die Notwendigkeit von Erweiterung und zusätzlicher Mittel für die Vergrößerung der Trägerlandschaft, um die Ziele Pluralität, Zugang zu neuen Zielgruppen und Erweiterung der Perspektivenlandschaft, im Sinne der Abbildung und Beteiligung am gesellschaftlichen Prozess, erreichen zu können.

Auch die Nachwuchsförderung wurde als ein sich aufbauendes Grundproblem benannt. Das Thema ist mittlerweile im Landtag angekommen; Erwachsenenbildung und politische Bildung sollen an Hochschulen und in Einrichtungen stattfinden und deren Vernetzung vorangetrieben werden.

Rückenwind kommt aus den AGs und für die öffentlichen Diskurse z.B. für den Wunsch nach mehr Geld, aber auch nach EU-Mitteln, die nicht abgefragt werden. Wie kommt das Geld zu uns? Wie kann dieser Prozess z.B. für kleinere Einrichtungen verfügbar werden? Kooperationen können hier helfen. Nicht immer muss der Einzelne Antragsteller sein. Europa-Arbeitskreis, Städtepartnerschaften oder Konsortium/Zusammenschlüsse als fachliche Austauschplattformen, Netzwerke und Multiplikatoren schaffen, suchen oder stärken, sind hier Optionen. Wo und wie kann eine partnerschaftliche Organisation helfen? Dazu ist z.B. das Profil der politischen Erwachsenenbildung vor Ort neu zu denken und beispielsweise auch unterm Dach von Europa und seinen Programmen pointiert zu formulieren. Für neue Träger steigen damit aber wiederum die Hürden: Wir können es uns nicht leisten auf die Potenziale neuer Perspektiven zu verzichten.

Ein Programm für eine Struktur der Förderung vom alten zum neuen Träger kann ggf. eine Antwort bieten. Die Grenzen politischer Bildung werden überschritten, die zentrale Frage nach Entgrenzung von Bildungsprozessen, auch unter dem Dach einer Internationalisierung und Digitalisierung. Dabei sei etwa auf die "Nerds" und „Freaks" digitaler Bildung/Medienbildung verwiesen und auf die Brücken zur dieser Szene, z.B. die Konferenz re:publica. Medien als Medien, als Instrumente, als Methode und als Medienbildung/Digitalisierung sind dabei Bildungsgegenstand, ausgestattet mit erheblichem Know-how. Der Nutzen für die politische Bildung muss als Fachfrage beantwortet werden. Beispielhaft sei auf die Erfahrungen der Jugendbildung verwiesen, die anscheinend „näher dran" ist.

Fragen nach "neuen Formaten" und "Medien" werden schon lange thematisiert, gehen aber nicht in die Breite. Als Beispiel seien die Demokratiewerkstätten der Landeszentrale für politische Bildung NRW (seit sieben Jahren) genannt. Gerade im Bereich "aufsuchender politischer Bildung" wird offensichtlich, dass neue Förderlogiken notwendig sind, die jenseits messbarer Größen wie Teilnehmertage (TT) und Unterrichtsstunde (USt) liegen. Hierbei wird ein Wechsel von outputorientierter quantitativer zu qualitativer prozessorientierter Bildung sichtbar. Qualitative

Indikatoren sind auch messbar. Dabei ist es hilfreich, Trägheit als möglichen Indikator und wahrnehmbare Dimension in einem Transformationsprozess auf mehreren Ebenen zu sehen.

Bei der aufsuchenden Arbeit haben wir es auch mit Berührungsängsten bei uns selbst zu tun. Größere Prozesse, in denen politische Bildung vor Ort interdisziplinär eingebunden ist, werden komplexer. Wobei die Rolle politischer Bildung gerade dort – quer zu vielen anderen Disziplinen – hilfreich sein kann. Das Experiment muss qualitativ erweitert werden. Neue Szenen und Schwerpunktbildungen sind wahrnehmbar, die aber noch keine Breite entwickeln oder als Teil einer Diversität wahrnehmbar sind, und nun Profil entwickeln müssen. Wandel und Transformation im Bildungsbereich ist hier das Thema. Experimentierfelder sind wichtig, um mit Weitblick nach Umsetzungsformen und darin liegende Fragen an Bildung stellen zu können. Ziel ist es, neue Strukturen und Verständnisse zu schaffen und diese als "Leuchttürme" in der Szene wirksam werden zu lassen. Von aufsuchender politischer Bildung im Regelbetrieb als eine Form zielgruppenspezifischer Ansprache hin zu nachhaltigen Demokratisierungsprozessen in Form politischer Bildung – jenseits heutiger Förderlogiken und Bildungsverständnisse, in Kooperation mit weiteren Professionen und Akteuren in den demokratischen Interaktionsräumen als weitere Form und eigenes Konzept?!

Zu den Fragen nach unserem Profil politischer Erwachsenenbildung sowie nach neuen Kooperationsformen zwischen Zivilgesellschaft und Bildungslandschaften. Welche Kooperationen helfen? – Was ist zielführend in übergeordneten Strukturen? Neue Wege sind zu gehen: thematisch, strukturell, programmatisch. Von einem Gefühl der Ohnmacht zu einem Gefühl des Mutes kommen, Angebote machen, die erst einmal nicht nur politisch sind, sondern eher Mut und Lust auf Zukunft machen. Zukunft gestaltbar werden lassen. Wie wollen wir leben? Es ist nicht die Frage nach einem neuen Projektthema, sondern Lust darauf, für sich und den direkten Umkreis Antworten zu finden. Lachen, Austausch und dann gemeinsam Zukunft anpacken, z.B. als Programmeinheiten in den Demokratiewerkstätten, eingebunden in größere politische Zusammenhänge, als erlebbare Demokratieräume. Die Prozesse, die dort stattfinden, sind der Kontext für solche lokalen Fragestellungen. Orte zu generieren, dorthin zu gehen oder auch lokale Fragestellungen in gemeinsamen politischen Kontext zu entdecken und in Handeln münden zu lassen. Dafür gibt es mittlerweile Spezialist:innen in der aufsuchenden politischen Bildung die es zu unterstützen gilt, um sowohl neue inhaltlich-konzeptionelle Herangehensweisen als auch lernende Strukturen zu entwickeln, die kompetenz- und prozessorientiert inklusive und partizipative Bildungskompetenz im Sinne einer Demokratisierung ausbauen helfen.

Jürgen Wiebicke sprach davon: Es geht auch etwas zu Ende in der politischen Bildung und der Neuanfang wird jetzt hier vorbereitet. Die Vision: aufsuchend politisch unterwegs sein. Mit welchen Themen vor Ort – oder werden sie erst vor Ort „geboren“? Wen nehmen wir mit, wer darf dabei sein oder wer ist dabei, wer fehlt? Wie sind die Förderungen zu welchen Themen neu aufgestellt? Was ist Wunsch und Vision politischer Erwachsenenbildung hinsichtlich der großen Fragen Klimawandel, Migration, Digitalisierung und internationale Strukturen wie Europa und UN?

Wie kann sich politische Erwachsenenbildung selbst auf die Suche nach den "guten Orten" machen und sie, wenn sie sie gefunden hat, lautstark präsentieren, Orte, an denen mit Mut drei oder mehr Personen zusammenkommen, Visionen entwickeln und Zukunft gestaltbar wird, Werkstätten der Zukunft. In diesem Zusammenhang fielen auch die Stichworte Entgrenzung und Internationalisierung, Veränderungsprozesse in denen sich auch die politische Erwachsenenbildung befindet.

EU als Thema, Geldgeber, Kooperationspartnerfeld und sinnstiftende Dimension eines Bildungsgegenstands im Sinne gesellschaftsbildender prägender Kraft

Die Frage nach Kooperationsformen und finanziellen Ressourcen im Sinne einer Beteiligung an einem erweiterten europäischen Transformationsprozess; Potenzial von EU-Förderung; Förderung von Plattformen für netzwerkartiges Lernen auf europäischer Ebene; Zusammenschluss von Netzwerken für gemeinsame Antragsverfahren, Kooperationsformen wie Städtepartnerschaften etc.; Strategien für erleichterten Zugang. Ausführlich thematisiert und diskutiert wurde auch die Europäische Debatte zu politischer Bildung im Bereich Erwachsenenbildung/Weiterbildung.

Von aufsuchend unterwegs im Regelbetrieb bis hin zum "Experimentierfeld "Demokratiewerkstätten"" und darüber hinaus

Politische Bildung jenseits von Teilnehmertagen und Unterrichtsstunden; politische Bildung orientiert an lokalen Prozessen und den Gegebenheiten; sozialraumbezogen; jenseits reiner Zielgruppenorientierung, die offene, inklusive demokratische Lernfelder in den Blick nimmt, die selbst als lernende Strukturen (Landschaften) begriffen werden; Messbarkeiten, jenseits kurzer Projektförderung, prozesshaft und qualitativ - als Forschungsgegenstand zu sehen, z.B. in Verbänden; Demokratieräume als pädagogische Interaktionsräume; ganzheitliche Werkstattformate.

Politische Bildung und Medienbildung aufeinander zu ... Von Digitalisierung als Medium im Feld didaktischer Bemühungen bis hin zu Fragen von Digitalisierung und ihren Folgen in gesellschaftspolitischen Fragestellungen und Fragen nach Freiheit und Grundrechten.

Medienbildung/Digitalisierung als Instrument für Inklusion weiterer Zielgruppen (jenseits Jugendlicher) und erleichterte Zugänge; einerseits Nachholbedarf für Träger, sich mit weiterem Wissen auszustatten und den Bildungsprozess zu bereichern, andererseits Digitalisierung in die große Breite bringen, bis hin zur gesellschaftspolitischen Fragestellungen; als Chance für politische Bildung nutzbar machen.

"Neue", marginalisierte Träger, die Nachhaltigkeit in ihren Programmen anstreben, strukturelle Absicherung brauchen und als gleichwertiger Partner mit ihren Themen und Teilnehmer:innen Teil der vielfältigen politischen Bildungslandschaft sind/werden.

Frage an Kooperationsbereitschaft und programmatische Erweiterung; Kooperation und neue unbedingt notwendige Erweiterung der "Zielgruppen", aber eher eine auf inklusive Strukturen fokussierte Bildungslandschaft. Wie brechen wir WIR vs. IHR auf? Umgang mit dem Anpassungsdruck an Förder- bzw. Anerkennungsstrukturen? Wo und wie werden Räume für das GEMEINSAME geschaffen? Wie lässt sich Pluralität in der Gesellschaft auch auf Trägerebene abbilden? Gefordert sind Programme zur Stärkung dieser Vielfalt.

Eine übergeordnete Fragestellung der Absicherung politischer Bildung für die nächsten Jahrzehnte durch professionelle Nachwuchsförderung wurde angesprochen und bedarf der Weiterentwicklung und Umsetzung. Auch politische Erwachsenenbildung ist von Fachkräftemangel und fehlendem Nachwuchs betroffen – u.a. politische Bildner:innen an den Universitäten. Dazu kam der Hinweis auf den parlamentarischen Diskurs und die in den Verwaltungen diskutierte Programme, z.B. Kooperation von Praxis und Theorie, Einrichtungen der politischen Bildung und Lehrstühle der Erwachsenenbildung/Weiterbildung.